

ANFRAGE

des Abgeordneten Peter Wurm
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und
Konsumentenschutz betreffend **Automatische Vertragsverlängerung bei Parship
und Elitepartner unzulässig**

Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hat am 25.07.2024 folgende
Pressemitteilung veröffentlicht:¹

**OGH: Automatische Vertragsverlängerung bei Parship und Elitepartner
unzulässig**

*VKI-Unterlassungsklage im Hinblick auf mehrere Klauseln und
Geschäftspraktiken der Partnervermittlungsplattformen erfolgreich*

*Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hatte im Auftrag des
Sozialministeriums die PE Digital GmbH – Betreiber der Websites Parship und
Elitepartner – wegen mehreren Klauseln und Geschäftspraktiken im
Zusammenhang mit der automatischen Vertragsverlängerung nach Ablauf der
Erstlaufzeit geklagt. Um die von der Beklagten betriebenen Plattformen
vollumfänglich nutzen zu können, müssen Verbraucher:innen eine
kostenpflichtige Premium-Mitgliedschaft abschließen, wobei sie zwischen
Erstlaufzeiten von 6, 12 oder 24 Monaten wählen können. Der Oberste
Gerichtshof (OGH) wies das Revisionsbegehren der PE Digital GmbH
überwiegend ab. Das Klagebegehren des VKI war somit im Hinblick auf zwei
Geschäftspraktiken und acht beanstandete Klauseln berechtigt. Das Urteil ist
rechtskräftig.*

*Eine Voraussetzung für die Wirksamkeit einer automatischen
Vertragsverlängerung ist, dass bereits der zugrundeliegende Vertrag
Verbraucher:innen auf die Frist für einen möglichen Widerspruch hinweist.
Zudem ist der Unternehmer verpflichtet, Verbraucher:innen zu Beginn dieser
Frist auf die Bedeutung ihres Verhaltens im Zusammenhang mit einer
möglichen Kündigung eigens hinzuweisen (§ 6 Abs 1 Z 2 KSchG). Dieser
Hinweispflicht kam die PE Digital GmbH nicht ausreichend nach, weil in den
Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) keine Frist für die Übermittlung
dieses Hinweises enthalten war.*

*Auch die Benachrichtigung der Kund:innen per E-Mail genügte den
Anforderungen des § 6 Abs 1 Z 2 KSchG nicht. Um über die Formalitäten für
den Widerspruch gegen die Vertragsverlängerung informiert zu sein, mussten
Verbraucher ein E-Mail mit einer langen Betreffzeile - das mit einer
standardisierten, wenig aussagekräftigen Wortfolge beginnt - öffnen, einen Link
anklicken und sich danach in ihr Kundenkonto einloggen. Dort wurde
Verbraucher darauf die Information: „Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass
Ihr ursprünglicher Vertrag auslaufen wird.“ präsentiert. Diese Information weist
– so der OGH – nicht auf baldigen Handlungsbedarf hin, wenn der Verbraucher*

¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240725_OTS0050/ogh-automatische-vertragsverlaengerung-bei-parship-und-elitepartner-unzulaessig

keine weiteren Dienstleistungen in Anspruch nehmen will, sondern suggeriert vielmehr das Gegenteil. Die maßgeblichen Informationen für den Widerspruch waren im Profil allein hingegen nicht ersichtlich, sondern konnten nur in Zusammenschau mit den Plattform-AGB erschlossen werden. „Eine solche aufwändige Prozedur stellt, wie der OGH nun bestätigt hat, jedenfalls keinen deutlichen Hinweis auf eine Erklärungsfiktion und ihre Bedeutung dar“, so VKI-Jurist Dr. Maximilian Eder.

Als überraschend und benachteiligend für Konsumenten beurteilte der OGH, dass die Geschäftsbedingungen für die produktbezogenen Vertragsinhalte im Hinblick auf die Verträge mit 6-monatiger Erstlaufzeit eine Vertragsverlängerung um 12 Monate vorsahen, die AGB hingegen eine Verlängerung um die ursprüngliche Vertragslaufzeit. „Wenn in den AGB eine vermeintlich abschließende Regelung zur Vertragsdauer im Fall der Verlängerung enthalten ist, besteht für Konsumenten kein Anlass, um mit abweichenden Regelungen in produktbezogenen Bedingungen zu rechnen“, fasst Dr. Maximilian Eder die Argumentation des OGH zusammen.

Unzulässig war ferner eine 24-monatige Vertragsbindung, die nicht die Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung enthält. Das Konsumentenschutzgesetz sieht für gewisse Verträge über wiederkehrende Leistungen – wie im konkreten Fall – vor, dass Konsument:innen eine Kündigungsmöglichkeit zum Ablauf des ersten Jahres zusteht (§ 15 KSchG).

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Ist dem BMSGPK bzw. dem Verein für Konsumenteninformation (VKI) bekannt, wie viele Konsumenten vom Urteil des Obersten Gerichtshofs (OGH) gegen die PE Digital GmbH – Betreiber der Websites Parship und Elitepartner – wegen mehreren Klauseln und Geschäftspraktiken im Zusammenhang mit der automatischen Vertragsverlängerung nach Ablauf der Erstlaufzeit betroffen sind?
2. Wie werden die betroffenen Konsumenten bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche durch den VKI in weiterer Folge gegen die PE Digital GmbH – Betreiber der Websites Parship und Elitepartner unterstützt?
3. Bei welchen anderen einschlägigen Anbietern in der Partnervermittlung konnten in der Vergangenheit gleich- oder ähnlich lautende Klauseln und Geschäftspraktiken im Zusammenhang mit der automatischen Vertragsverlängerung nach Ablauf der Erstlaufzeit durch den VKI im Auftrag des BMSGPK erfolgreich angefochten werden?
4. Gilt das T-Mobile-Urteil auch gegenüber anderen einschlägigen Anbietern in der Partnervermittlung und kann dieses durch die Konsumenten direkt durchgesetzt werden?


www.parlament.gv.at
18.9.

